

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/7140/2019
	Status: öffentlich
	Datum: 21.11.2019
Antragstellende Fraktion/en: Marburger Linke	

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Schutz von Mieterinnen und Mietern im Südviertel. Stopp Gentrifizierung

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt,

mit der Hauseigentümerin IKK, Schückingstraße 11, Gespräche aufzunehmen, um einen möglichen Verkauf des Hauses, verbunden mit der drohenden Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, und die sozialen Folgen für die zum Teil langjährigen Mieter*innen und für die Hausgemeinschaft zu erörtern und ggf. zu verhindern.

Gleichzeitig wird der Magistrat aufgefordert, den Empfehlungen des Hessischen Städtetages nachzukommen und sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass „die Handlungsfähigkeit der Kommunen für eine nachhaltige Liegenschaftspolitik“ unter anderem durch eine „Fortentwicklung des gemeindlichen Vorkaufsrechts“ gestärkt wird.

Begründung:

Mieter*innen des Hauses Schückingstraße 11 haben sich in einem Schreiben an Stadtverordnete gewandt und ihren Befürchtungen Ausdruck gegeben, dass das Haus der IKK verkauft und die Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden sollen. Für viele der jetzigen Mieterinnen und Mieter, die zum Teil seit Jahrzehnten dort wohnen, könnte das bedeuten, dass sie finanziell nicht in der Lage sind, solche Kosten zu tragen und daher ihre Wohnung aufgeben müssen. Sie würden somit aus einem attraktiven Wohnviertel verdrängt. Das Stadtparlament hat bisher mehrheitlich einen solchen sozialen Verdrängungsprozess, wie er auch in anderen Bereichen der Stadt zu beobachten ist, nicht wahrnehmen und nicht darauf reagieren wollen. Dies ist aber dringend geboten.

Zudem hat der Deutsche Städtetag in seiner jüngsten Mitteilung auch an die Magistrate der Mitgliedstädte die oben angeführten Empfehlungen der bundesweiten Baulandkommission einstimmig unterstützt und seinerseits die Kommunen aufgefordert, gegenüber den

Landesregierungen diese Empfehlungen „zügig“ umzusetzen. Es gehe hierbei um „einen wichtigen Schritt in Richtung Schaffung bezahlbaren Wohnraums“.

Leider hat auch diesmal an der einschlägigen gemeinsamen Sitzung des Ausschusses Bau und Planung sowie des Ausschusses für Soziales und Integration des Deutschen Städtetages kein Mitglied des Marburger Magistrats teilgenommen.

Renate Bastian
Roland Böhm

Tanja Bauder-Wöhr
Miguel Angel Sánchez Arvelo